

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringelohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorbehalt 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Kahr-Bayern beharrt im Widerstand. Der Ministerpräsident hat keine Zeit!

München, 7. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Lage in Bayern ist noch immer äußerst kritisch. Die sozialistischen Parteien und Landtagsfraktionen hatten gestern eingehende Beratungen, in denen sie sich mit der Situation befaßten. Gestern tagte auch der Ausschuß der freigewerkschaftlichen Landeszentrale Bayerns in München, um zur gegenwärtigen Lage in Bayern Stellung zu nehmen. Die Konferenzvertreter der acht bayrischen Kreise trafen im Laufe des Vormittags beim Ministerpräsidenten um eine Besprechung nach. In dieser Besprechung sollte eine Erklärung mündlich begründet werden, die die Aufhebung des Ausnahmezustandes und die Sicherung der demokratischen Republik fordert. Der Ministerpräsident hatte zur Besprechung keine Zeit, trotz der Dringlichkeit der Sache. Im Laufe des Nachmittags erfolgte eine Vertagung der Besprechung auf Mittwoch. Die Konferenz sah sich gezwungen, diejenigen Maßnahmen zu beraten, die sich unter Umständen als notwendig erwiesen, wenn die bayrische Regierung es vorziehen sollte, auf ihrem bisherigen Standpunkte gegenüber der Reichsregierung zu beharren.

Die Regierung verweigert jede Auskunft.

München, 7. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im ständigen Ausschuß des Bayerischen Landtages verweigerte Staatssekretär Dr. Schwenker jede Auskunft über den Stand der Verhandlungen zwischen München und Berlin, über die Haltung der bayrischen Regierung in dieser Frage und über die blutigen Vorgänge in Koburg. Als die sozialistischen Parteien den Antrag stellten, daß der ständige Ausschuß am Mittwoch oder Donnerstag neuerdings zusammentreten solle, um über die blutigen Vorgänge in Koburg von der Regierung sich Aufschluß geben zu lassen, lehnte der ständige Ausschuß in seiner bürgerlichen Mehrheit, getrieben von dem schlechten Gewissen, diesen Antrag ab.

USP.-Versammlung im Sacherkeller.

München, 7. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Am Donnerstag, abends 7 Uhr, findet in München im Sacherkeller eine große öffentliche Versammlung statt. Referent ist Landtagsabgeordneter Neumann-Müllerberg. Auf der Tagesordnung steht der Konflikt Bayerns mit dem Reich.

Horthy-Ungarns Widerstand.

Ein Aufruf der österreichischen Sozialdemokratie.

Wien, 7. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der sozialdemokratische Parteivorstand und der Vorstand des sozialdemokratischen Verbandes (Parlamentarierfraktion) in Deutsch-Österreich haben, wie der Vorwärts mitteilt, einen Aufruf an die Arbeiterschaft erlassen, in dem es heißt: Die organisierte Arbeiterschaft hat heute eine doppelte Aufgabe, sie muß zunächst alles tun, um den von Horthy-Ungarn bedrohten Frieden zu retten und die Gefahr eines neuen Krieges zu verhindern. Wenn aber Horthy-Ungarn trotzdem zu einem Kampf zwingen sollte, der nicht nur ein Kampf um das Burgenland, sondern ein Kampf um die selbständige Republik und gegen die Horthyisierung Deutsch-Österreichs wäre, dann müßte die Arbeiterschaft die bedrohte Republik mit allen Mitteln verteidigen. Solange noch eine Hoffnung besteht, durch diplomatische Verhandlungen den Konflikt zu beseitigen, muß jede gewaltsame Erhebung der Arbeiterschaft unterbleiben, da jede solche Aktion die Kriegsgefahr steigern und einen Vorwand für Horthy-Ungarn geben würde. Sollte Ungarn trotz der friedlichen Haltung der Republik einen Krieg gegen Deutsch-Österreich unternehmen, dann würde die Pflicht der Arbeiterschaft sein, sich mit der Waffe in der Hand an die Seite der Wehrmacht zu stellen, um die Republik und die Freiheit der Arbeiterschaft zu verteidigen. Ferner wurde ein Fonds zur Unterstützung der Hinterbliebenen der im Burgenland Gefallenen gegründet.

Wien, 5. September. (USA) Bei den gemeldeten Einfällen ungarischer Banden auf österreichisches Gebiet handelt es sich vorläufig nur um vereinzelt Unternehmungen, denen ein einheitlicher strategischer Plan nicht zugrunde liegt. Es kann aber nach Informationen aus hiesigen ungarischen Emigrantenkreisen keinem Zweifel unterliegen, daß die in Westungarn sich aufhaltenden Führer des Aufstandes, Hejjas und Stephan Friedrich, sich mit Plänen tragen, die auf nichts-Geringeres hinauslaufen, als einen militärischen Streifzug gegen Wien. In den aufzulegenden Reden, die er in den verschiedenen Orten des Aufstandsgebietes hielt, hat Hejjas diese Absicht auch wiederholt öffentlich ausgesprochen, mit der Begründung, daß man bei einer Ueberrumpfung der österreichischen Hauptstadt vor allem der dortigen ungarischen Flüchtlinge habhaft werden und mit ihnen „abrechnen“ könne. Bei dem vor nichts-Jurückschreckenden Charakter der abenteuerlustigen Detachementsführer und bei der geringen Entfernung, die Wien von der alten Grenze trennt, ist diesen Drohungen immerhin ein gewisses Gewicht beizulegen.

Eine Note der Entente.

Berlin, 7. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Ententenote an Ungarn fordert die bedingungslose Erfüllung des

Vertrages von Trianon. Wie das Berliner Tageblatt erfährt, soll die Note der Entente von der ungarischen Regierung dahin beantwortet werden, daß sie für die Vorgänge in Westungarn nicht verantwortlich sei, da sie keine Macht über die Banden habe. Sie wolle die Bedingungen des Vertrages erfüllen, müsse aber die zweite Zone in Westungarn als Hauptquartier festhalten, um die realen Forderungen Ungarns an Österreich zu sichern.

Ententetruppen in Bereitschaft.

Doppel, 7. September. Die hier eingetroffenen Verstärkungstruppen haben Befehl erhalten, sich zum weiteren Transport ins Burgenland bereit zu halten. Sie werden deshalb in Oberstleuten zunächst nicht eingesetzt, sondern bleiben in Doppel.

Die Horthy-Banden in Günskirchen.

Ueber die Zustände in dem nunmehr von ungarischen Truppen völlig besetzten Günskirchen und Umgegend wird der U. R. gemeldet: Die Befürchtungen der Arbeiterschaft, daß es nach dem Einzuge der Horthy-Truppen zu ähnlichen Zuständen kommen würde, wie nach dem Sturz der Kádétikatur in Budapest, hat sich leider in vollem Maße verwirklicht. Gleich in den ersten Tagen der Besetzung rissen die bekannten „verantwortlichen Elemente“ die tatsächliche Macht an sich und wüsten seitdem in schlimmster Weise gegen alle Personen, die „kommunistenverdächtig“ sind. Jeder, der auf Grund einer Denunziation hin verdächtig erscheint, wird zunächst in die Kadettenkaserne, das Hauptquartier der Wehrterrotruppen verbracht, von wo eine Befreiung nur durch Befreiung möglich ist. Wenn es nicht möglich ist, die hohen Befehlshaber zu entrichten, gegen den wird unweigerlich ein gerichtliches Verfahren wegen hochverräterischer Untriebe eingeleitet, oder er wird ohne weiteres in die Internierungslager abgeschoben. Gegen dieses Treiben können oder wollen die amtlichen Behörden nicht einschreiten. In der vergangenen Woche wurden auf offener Straße zwei Personen ermordet, ohne daß den Tätern nachgeforscht wurde. Die während der jugoslawischen Besetzung gegründeten Zeitungen sind sämtlich eingestellt worden, der sozialdemokratische Munkas wird von neuen Redaktionsmitgliedern geleitet. Als Folge dieser Zustände flüchten auch die bisher noch in Baranya verbliebenen Arbeiter auf Schleichwegen, so daß die Gruben völlig stillstehen.

Angora in den Händen der Griechen?

Genf, 7. September. (IL) Die griechische Völkerbundsdelegation erhielt Dienstag abend eine telegraphische Mitteilung aus Athen, bezugnehmend die Griechen Angora besetzt haben. — Die Meldungen, die in Paris aus Athen und Konstantinopel vorliegen, lassen erkennen, daß die Verluste der Türken sehr erheblich sind.

London, 6. September. In einer Unterredung mit einem Vertreter des Daily Telegraph in Esli Scheich erklärte König Konstantin, die Griechen wollten Angora nur wenige Tage besetzt halten und würden sich nach Zerstörung der militärischen Depots und nach Uebernahme des rollenden Eisenbahnmateriels wieder zurückziehen. Der König erklärte außerdem, die Mächte wollen die griechischen Truppen nicht in Konstantinopel haben. Er wolle die Schwierigkeiten der Mächte nicht vernachlässigen. Konstantinopel komme daher für den Augenblick nicht in Betracht.

Die Tagung des Völkerbundes.

Genf, 6. September. (WV) Die heutige Vormittagssitzung der Völkerbundsversammlung war in ungewöhnlicher Weise einer reinen Geschäftsordnungsdebatte gewidmet. Die langwierige Aussprache drehte sich um die Zahl, die Zusammensetzung und den Wahlmodus der von der Versammlung zu ernennenden Ausschüsse. Die von Motta beantragte Ueberweisung des Berichtes des Völkerbundsrates an eine Kommission brachte einen lebhafteren Ton in die Debatte. Symans-Belgien, der besonders von Lord Robert Cecil wie auch von Fisher unterstützt wurde, trat lebhaft dafür ein, daß der Bericht des Rates über die Tätigkeit des Völkerbundes in großer, allgemeiner Debatte öffentlich verhandelt werden solle.

In der Nachmittagsitzung der Völkerbundsversammlung wurden sechs Vizepräsidenten gewählt, und zwar Bourgeois (Frankreich), da Cunha (Brasilien), Balfour (England), Jibil (Japan), Symans (Belgien) und Benesch (Tschechoslowakei). Die Versammlung wird morgen in die Tagesordnung eintreten.

Aus der Versammlung sind folgende Kommissionen gebildet worden. 1. Kommission für juristische und konstitutionelle Fragen, 2. Kommission für technische Organisationen, 3. Kommission für Abrüstung und Flodade, 4. Kommission für Budget und Finanzen, 5. Kommission für humanitäre Angelegenheiten, 6. Kommission für besondere politische Fragen, wozu die Aufnahme neuer Staaten gehört. — Eine Anzahl amerikanischer Staaten hat bis jetzt noch keine Delegationen nach Genf geschickt, und zwar folgende: Argentinien, Honduras, Nicaragua, Panama, Peru und San Salvador. Wie sich aus dem Bericht der Kommission zur Prüfung der Vollmachten ergibt, haben die betreffenden Regierungen dem Völkerbunde keinerlei Dokumente über ihre Vertretung auf der zweiten Völkerbundsversammlung geschickt.

Ungarns Antrag auf Zulassung.

Genf, 6. September. Wie die Agence Havas meldet, wird der Antrag Ungarns auf Zulassung zum Völkerbunde im Völkerbunde wahrscheinlich eine sehr wichtige Debatte hervorrufen. Die Vertreter der Kleinen Entente, heißt es, würden einflussreiche Erklärungen abgeben, daß 24 Stunden nach dem Tag, an dem ein Habsburger auf dem ungarischen Thron wieder eingesetzt würde, die Truppen der Kleinen Entente in Ungarn einrücken würden, um ihm Respekt vor dem Vertrage beizubringen.

Reichsregierung bleibe fest!

Während Kahr-Bayern seinen Widerstand verstärkt, macht sich bei der Reichsregierung eine Neigung zu Entgegenkommen und Zugeständnissen an die bayrische Fronde und an die Feinde der Republik überhaupt bemerkbar, die Beunruhigung hervorgerufen muß. So hat nach einer Münchner Meldung bürgerlicher Blätter der demokratische Abgeordnete Dr. Dirx erklärt, daß er sich als Beauftragter der bayrischen Landtagskoalition von dem ersten Willen des Reichsministers des Innern zu einer Verständigung mit Bayern überzeugen konnte. Dr. Gradnauer habe nicht nur direkte Vorschläge unterbreitet, sondern auch Vorschläge und Auskünfte darüber erbeten, wie weit Bayern nach Ueberzeugung seiner Regierung und Koalition den bestehenden Ausnahmezustand unbedingt noch braucht. Danach wäre also die Reichsregierung bereit, von der Forderung der völligen Aufhebung des bayrischen Ausnahmezustandes zurückzutreten. Gegen ein solches Verhalten der ursprünglichen Linie, die der Reichsregierung die geschlossene Unterstützung der Arbeiterschaft verschaffte, müßten die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften auf das entschiedenste protestieren. Es hilft auch gar nichts, daß man dieses Zurückweichen schmachtig zu machen sucht durch die Versicherung, daß man auf diese Weise die Parteien der bayrischen Regierungskoalition von der Regierung Kahr loszulösen Aussicht habe. Es ist zunächst sehr zweifelhaft, ob an diesen Versicherungen überhaupt irgend etwas Greifbares ist. Wäre dem aber auch wirklich so, so wäre dieses Ergebnis zu teuer erkauft, das Regiment Kahr würde sich mit solchen Hilfsmitteln erneut besetzen und die Praxis der Boehner-Polizei würde damit all das vollbringen können, was sie jetzt auf Grund des noch existierenden bayrischen Ausnahmezustandes zur Unterminierung der Republik, zur Vorbereitung der Wiederherstellung der Monarchie und zur Fesselung der Arbeiterklasse vollführt. Hier gibt es und darf es kein Kompromiß geben. Und gerade mit Rücksicht auf Bayern muß auch für möglichst schnelle Beseitigung der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten und die Ersetzung durch energische Verwaltungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Wehrmacht, der Polizei, der Justiz und der engeren Verwaltung nebrungen werden, weil die Kahr-Regierung, wenn sie den eigenen Ausnahmezustand aufheben müßte, sicherlich nicht anstehen würde, die Verordnung des Reichspräsidenten gegen die republikanischen Parteien, gegen die Arbeiterschaft in der größtmöglichen Weise zu mißbrauchen, während sie den Organen der Wehrmacht und der Republikthe weiterhin völlige Freiheit lassen würde.

Daß die zum Schutze der Republik erlassene Verordnung in den Händen von Unterbehörden, die diesen Schutz gern sabotieren möchten, zu gefährlichen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft umgebogen werden kann, zeigen die Verbote kommunistischer Blätter und neuerer Maßnahmen. In Halle sind 20 Kommunisten verhaftet worden, weil sie eine provokatorische Feier eines Kriegervereins gefeiert haben sollen und eine Anklage wegen Landfriedensbruchs wird ihnen in Aussicht gestellt. Man muß diesem Eifer der Polizei und des Staatsanwalts gegenüberstellen, daß die Störungen pazifistischer Versammlungen durch Hafenzwinger und Reichswehrsoldaten, bei denen es schwere Mißhandlungen von Pazifisten gegeben hat, bei denen Menschen getötet wurden noch heute ungeführt sind. Man muß ihnen gegenüberstellen einen in diesen Tagen ergangenen Bescheid des Glaher Oberstaatsanwalts an einen von Kohnlingen des Selbstschutzes für Oberstleuten Scheußlich verprügelten Redakteur, daß die Verfolgung dieser Kohnlinge kein öffentliches Interesse habe. (Was nebenbei eine direkte Verhöhnung des Gesetzes ist, da eine von mehreren gemeinschaftlich begangene Körperverletzung ohne weiteres zu den gefährlichen Körperverletzungen gehört, zu deren Verfolgung von Amts wegen die Staatsanwaltschaft ohne weiteres verpflichtet ist, ganz abgesehen davon, daß bei dieser Mißhandlung ohnehin gefährliche Werkzeuge gebraucht wurden.) In Halle ist auch der Vorsitzende der freien Arbeiterunion Hammer, der anfänglich einer Tagung dieser Organisation in Halle wollte, am Dienstag früh in seinem Hotel von der Kriminalpolizei ohne Angabe von Gründen verhaftet worden. Man könnte diesen Eifer gegen links als Handlungen untergeordneter Behörden ansehen und sich verträsten, daß von oben herab Korrektur erfolgen könnte. Aber leider müssen wir sehen, daß der Reichsfanzler dieser Praxis eine gewisse Unterstützung durch Zugeständnisse an die Deutschnationalen erteilt. Halbamtlich wird gemeldet, daß am Dienstag die deutsche nationale Fraktion und der Deutschnationale Parteivorstand mit dem Reichsfanzler über die Verordnung vom 29. August verhandelt haben, wobei auch Dr. Gradnauer und Dr. Schiffer zugegen waren. Die Deutschnationalen Vertreter wandten sich heftig gegen die Verordnung des Reichspräsidenten und verlangten ihre Anwendung „gegen alle extremen Richtungen, die den politischen Kampf mit Gewalttätigkeiten führen“. Insbesondere verlangten sie Schutz gegen gewalttätige Erregungen und Störungen rechtsgerichteter Kundgebungen und Versammlungen. Der Reichsfanzler verwies auf die